

Wir wünschen allen eine

**frohe Osterzeit!**

**ATEMPAUSE GENUTZT**

**Bürgermeister Lutz Urbach**



**„Knapp 1.600 Flüchtlinge im Stadtgebiet. Wie sieht es mit der vielfach geforderten Integrationsarbeit aus?“**

„Ja, diese große Aufgabe steht an. Besonders die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive brauchen dringend ermutigende Signale für ihre Zukunft: Kindergartenplätze, schulischen Unterricht, Sport- und Freizeitangebote, Wohnungen besonders für Familien, ärztliche Betreuung und vieles mehr. Durch meinen Briefwechsel mit der Bezirksregierung und die deutlichen Hinweise in Richtung Landesregierung, eine Ungleichbehandlung der Städte und Kommunen bei der Flüchtlingszuweisung tunlichst zu vermeiden, haben wir eine Atempause bekommen. Diese nutzen wir natürlich. Mit Hochdruck haben wir inzwischen das Containerdorf in Paffrath geschaffen. Ich bin sehr dankbar, dass das ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung nach wie vor hoch und spürbar ist. Natürlich brauchen wir für die Integration professionelle Strukturen. Auch hier können wir in unserer Stadt auf Erfahrungen zurückgreifen. Gleichwohl darf der Bogen nicht weiter überspannt werden. In vielen Kommunen, die die Hauptlasten schultern, ist die Grenze des Machbaren längst erreicht. Übrigens: Wäre Europa eine Solidar-Union, wir hätten die derzeitigen Probleme nicht in dieser Schärfe.“

**„Die 2,5-Prozent-Sperrklausel muss kommen!“**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Blick auf die nächsten NRW-Kommunalwahlen brauchen wir dringend die Einführung einer moderaten Sperrklausel von 2,5 Prozent. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt ja dem Düsseldorfer Landtag vor. Allgemein wird davon ausgegangen, dass innerhalb des laufenden Jahres über die Aufnahme der Sperrklausel in den wahlrechtlichen Vorschriften des Landes entschieden wird. Sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch die kommunalpolitischen Vereinigungen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen begrüßen diesen Gesetzentwurf.

Anders als die Fünf-Prozent-Sperrklausel, die bis kurz vor den Kommunalwahlen 1999 galt, steht die angepeilte 2,5-Prozent-Hürde verfassungsrechtlich auf sicheren Füßen. Das begründet auch Rechts-Experte Klaus-Viktor Kleerbaum in einem überaus interessanten Fachbeitrag in der Zeitschrift „KOPO/kommunalpolitische blätter“ (2/2016).

**Entscheidungsfindung verzögert**

Darin weist er auf die hohe Zahl von Wählergruppen, Parteien und Einzelmandatsträgern in den nordrhein-westfälischen Kommunalvertretungen hin. Folge: Gerade Vertreter von Splitterparteien und Einzelmandatsträger würden „durch das Stellen immer neuer Anträge oder Nachfragen“ die Entscheidungsfindungen deutlich verzögern. In vielen Fällen geht es, wie der Autor betont, nur um

das Einbringen und Verfolgen von Partikularinteressen. Es geht mitunter auch um reine Profilsucht, möchte ich hinzufügen.

Dann der wichtige Hinweis: Die Vielzahl unterschiedlichster Vertreter in den Räten führe zu einer steigende Belastung der Verwaltung: „Allein schon durch populistisch oder allgemeinpolitisch motivierte Anträge und Anfragen wird mehr und mehr Verwaltungspersonal gebunden, das anderweitig dringend benötigt wird.“ Eine solche Situation stehe, so der Autor, „im Widerspruch zu einer nachhaltigen und konstruktiven politischen Arbeit der Räte“.

**Besserwisserei und Profilsucht**

Diese Fakten, liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern auch an Sitzungsverläufe im Bergisch Gladbacher Stadtrat. Belehrungen, Besserwisserei, Profilsucht einzelner – das alles brauchen wir nicht. Deshalb hoffen wir, die CDU-Stadtratsfraktion, auf die Einführung einer moderaten Sperrklausel.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Osterzeit!

Ihr Peter Mömkes  
Vorsitzender der  
CDU-Stadtratsfraktion



Mechtild Münzer plädiert für ein „Integrationszentrum“ in Bergisch Gladbach

## CDU-Expertin für Flüchtlingsfragen: „Mit einer kranken Seele ist es schwer zu singen“



Mechtild Münzer beim Sommerfest mit Flüchtlingsfamilien in Moitzfeld.

Für Mechtild Münzer, Expertin für Ausländer- und Migrationspolitik in der CDU-Stadtratsfraktion, ist die „Integration der zu uns kommenden Menschen“ die Kernaufgabe der bevorstehenden Arbeit. Derzeit werden in Bergisch Gladbach 1.527 Flüchtlinge betreut. Wie sich die Situation in 2016 entwickelt, ist für sie kaum zu prognostizieren. Die EU-Kommission schätzt die Zahl der Asylbewerber in Europa bis Ende 2017 auf rund drei Millionen. Die CDU-Politikerin gehört einem Team an, das derzeit ein Konzept entwickelt, um in der Stadt ein „Willkommens- und Integrationszentrum“ einzurichten. Sie sagt: „Durch die hohen Zuweisungen von Flüchtlingen konnte man sich bei uns bisher leider nur um den Ankauf von Containern, Verhandlungen mit Schulen, Belegung von Turnhallen, also um die Unterbringung, leibliche Versorgung und Trägersuche kümmern. Gäbe es nicht so viele Bürger/Innen in Bergisch Gladbach, die schnell und unkompliziert ihre Hilfe angeboten haben und anbieten, gäbe es in mancher Unterkunft vermutlich große Probleme.“

### Anlaufstellen schaffen

Jetzt sei es aber dringend erforderlich, wirkungsvolle Maßnahmen zur Integration zu entwickeln, betont sie. Es müssten eine zen-

trale Einrichtung und weitere kleinere Anlaufstellen in Stadtteilen geschaffen werden, in denen Flüchtlinge und Asylsuchende Informationen über Bildungsangebote und Praktikumsplätze, über Jobvermittlung, Beratung bei asylrechtlichen Fragen und vieles mehr erhielten. „Das geht nicht nur mit Ehrenamtlern, sondern hier sind Fachleute erforderlich.“

### Professionelle Hilfen

Viele Kinder, aber auch Erwachsene, die nach einer gefährlichen Flucht in Bergisch Gladbach angekommen sind, brauchten professionelle Hilfe und Beratung von Ärzten und Psychologen, so Mechtild Münzer: „Sind die schlimmen Erlebnisse von Krieg und Flucht noch in den Köpfen, laufen Lernangebote und schulischer Unterricht meist ins Leere. Mit einer kranken Seele ist es schwer zu singen.“ Auf diesem Hintergrund sei es dringend an der Zeit, dass finanzierte Maßnahmen zur Integration installiert würden. „Damit meine ich keineswegs die Vermittlung von Sport- und Freizeitangeboten für Erwachsene und Kinder, oder die Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen. Solche und weitere Angebote wie auch Deutschunterricht zur Vorbereitung auf Integrationskurse könnten durchaus von ehrenamtlichen Kräften geleis-

tet werden, unterstreicht die CDU-Politikerin. Aber: Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe müsse unbedingt koordiniert und vor allem von Fachleuten begleitet werden.

Denn es komme bei den Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe auch zu Überforderungen, das wiederum löse mitunter Stress und Ärger aus. Unerfahrenheit und Selbstüberschätzung würden den Flüchtlingen nicht helfen, gibt Mechtild Münzer zu bedenken. Deshalb plädiert sie nachdrücklich für einen stärkeren Einsatz von Fachkräften. Insgesamt müsse die Integrationsarbeit in die städtische Gesamtverantwortung überführt werden. In das zu schaffende „Willkommens- und Integrationszentrum“ sollten Träger, die seit Jahren erfolgreiche Integrationshilfe leisteten, eingebunden werden.

### Vernetzung und Austausch

Mit dieser zentralen Einrichtung, die sowohl eine Beratungsstelle als auch ein sozialer Begegnungsraum sein sollte, wird nach den Worten der CDU-Flüchtlingsexpertin eine Vernetzung möglichst aller in Bergisch Gladbach tätigen Gruppen, Träger, Initiativen, städtischen Einrichtungen und regionalen Organisationen angestrebt. Auch Flüchtlinge selbst seien einzubinden. Insgesamt sollte es zu einem besseren Austausch von Erfahrungen kommen. Ziel sei es, das „Willkommens- und Integrationszentrum“ zum „Knotenpunkt eines lernenden Netzwerkes“ zu entwickeln. Es sei somit eine Antwort auf die durch die Zuwanderung entstandene gesellschaftliche Problematik, betont Mechtild Münzer.



**Mechtild Münzer**

Integrationspolitische Sprecherin  
der CDU-Stadtratsfraktion

## Holocaust-Gedenktag in Bergisch Gladbach

# Veranstaltung mit Tiefgang in der „Kirche zum Heilsbrunnen“



Diese Skulptur in der Mitte des Gartens der Villa Zanders in Bergisch Gladbach erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus.

In Zeiten, in denen Rechtspopulisten hierzulande gegen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber Negativstimmung schüren, sind Zeichen der Wachsamkeit gegen Ewig-Gestrige und Ausländer-Hasser geboten.

So gestaltete der Bergisch Gladbacher Ganey-Tikva-Verein den Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar zu einer Veranstaltung mit Tiefgang. In der „Kirche zum Heilsbrunnen“ führte das Orchester Camerata unter Leitung von Dr. Stefan Kames Stücke jüdischer Komponisten auf, die während des Holocausts in Konzentrationslagern zu Tode gekommen waren: von Pavel Haas und Viktor Ullmann (beide wurden 1944 in Auschwitz ermordet), auch von Erwin Schulhoff, der 1941 als Gegner des Nazi-Regimes im Lager Wülzburg interniert wurde und dort ein Jahr später eine Tuberkulose-Erkrankung nicht überlebte.

Bürgermeister Lutz Urbach zeichnete während der Veranstaltung den Bergisch Gladbacher Musikpädagogen, Dirigenten und Komponisten Roland Vossebrecker mit der Ehrennadel der Stadt aus. Seit vielen Jahren klärt dieser Mann an Schulen und in Vortragsveranstaltungen über die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Dritten Reich auf. Zudem unterstützt Roland Vossebrecker die Bethe-Stiftung und die im Jahre 2010 gemeinsam mit dem Land NRW gegründete Stiftung „ERINNERN ERMÖGLICHEN“; dabei berät er Schulen, die eine Fahrt nach Auschwitz planen und durchführen. Der Bürgermeister über den Geehrten: „Am 8. September 2015 hat der Rat beschlossen, das Engagement von Roland

Vossebrecker zu würdigen, also 70 Jahre nach Auflösung des Konzentrationslagers Auschwitz. Ein passendes Datum, um die Auszeichnung eines Bürgers zu beschließen, der die Erinnerung an die Täter und Opfer in unserer Stadt wach hält. Dieser Dienst für die Erinnerung an die Opfer des Nazi-Regimes und für uns als nachfolgende Generationen ist bedeutsam, und ich danke Roland Vossebrecker sehr herzlich für sein wichtiges und nachhaltiges Engagement.“

### Verhalten heute

In seinem Vortrag skizzierte Roland Vossebrecker das ideologische und soziale Umfeld sowie die persönliche Prägung der „Täter von Auschwitz“. Vielfach seien sie durchaus gesellschaftlich anerkannt gewesen, hätten

mit ihren Familien in der Stadt Auschwitz gewohnt und sogar „auf der Arbeit“ Besuch von ihren Ehefrauen oder Kindern bekommen. Seine Schlussfolgerungen zusammengefasst: Die Täter waren keine Monster, sondern Menschen. Gräueltaten mussten sie nicht begehen, sie durften sie begehen. Auschwitz war möglich, weil es menschenmöglich war. Von kleinster Veränderung im täglichen Leben (die Straßenseite wechseln, wenn ein Jude kommt) bis hin zur Vergasung in Auschwitz gab es eine kontinuierliche Entwicklung vom scheinbar Harmlosen bis hin zur äußersten Menschenverachtung. Vor diesem Hintergrund fordert Roland Vossebrecker sein Publikum auf, nicht zu fragen: Wie hätte ich gehandelt? Vielmehr sollten sich die Menschen aktuell fragen: Wie werde ich mich verhalten? Heute!

## Flüchtlingsunterkunft in Lückerrath

Nach der Errichtung des Containerdorfes in Paffrath (siehe S. 6) wird auch das Carpark-Gelände in Lückerrath zu einer größeren Flüchtlingsunterkunft gestaltet. Die dreigeschossigen Containeranlagen, die auf dem 12.300 Quadratmeter großen Grundstück zu errichten sind, werden rund 300 Personen Wohnraum bieten. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hatte im Februar einem entsprechen-

den Vorschlag der Verwaltung zugestimmt. Auf dem ehemaligen Gelände der belgischen Streitkräfte, das sich in Privateigentum befindet, werden bis voraussichtlich in den Sommer hinein die Modulbauten errichtet. Die Grundstücksfläche wurde von der Eigentümerfamilie für vorerst fünf Jahre mit einer Option zur Verlängerung zum ortsüblichen Zins gepachtet. Auf dem Areal sind auch der Bau von Gemeinschaftsräumen vorgesehen.

Dr. Johannes Bernhauser, Sozialexperte in der CDU-Stadtratsfraktion:

## „Wir brauchen politische Initiativen für den hiesigen Wohnungsmarkt!“

Die Einwohnerzahl von Bergisch Gladbach wird nach neuesten Prognosen deutlich wachsen. Was das für die Wohnsituation bedeutet, erläutert Dr. Johannes Bernhauser, Sprecher im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung, in dem nachfolgenden Interview.

### Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt in unserer Stadt?

In Bergisch Gladbach lebt und wohnt man sehr schön, doch oft auch sehr teuer. Die Spitzenmieten für Neubauwohnungen in guter Lage erreichen locker zehn Euro pro Quadratmeter. Bauland ist knapp und teuer; von daher sind auch Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser hochpreisig.

Da können manche Einwohner nicht mithalten; sie suchen preiswerte bezahlbare Wohnungen. Diese wurden über Jahrzehnte durch den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau geschaffen. Doch in den letzten zehn Jahren hat sich der soziale Wohnungsbau bundesweit halbiert. Bei sinkenden Hypothekenzinsen waren vielen Bauherren die öffentlichen Zuschüsse und die damit verbundenen sozialen Bindungen nicht mehr attraktiv genug. Beim Rheinisch-Bergischen Kreis wurden die Wohnbauförderungsbudgets nicht mehr ausgeschöpft, Fördermittel flossen zurück zum Land. Die Zahl der Bürger, die schon heute bezahlbaren Wohnraum suchen, wird künftig steigen. Nach aktuellen Prognosen muss Bergisch Gladbach davon ausgehen, in den nächsten 15 Jahren um mindestens 5.000 Menschen – ohne Berücksichtigung der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive – zu wachsen. Hunderte neuer Wohnungen müssten jährlich gebaut werden, mindestens ein Viertel davon im sozialen Wohnungsbau. Das ist eine gewaltige Herausforderung!

### Wie kann der soziale Wohnungsbau angekurbelt werden?

Bezahlbare Wohnungen werden vor allem von Alleinerziehenden, kinderreichen Familien, Erwerbslosen, Flüchtlingen, Menschen mit sozialen und individuellen Handicaps und zunehmend auch von Senioren mit ge-

ringen Altersrenten gesucht. Damit ihre Suche nicht ins Leere läuft, bedarf es in unserer Stadt dringend einer politischen Initiative und Steuerung des Wohnungsmarktes. Mit Beteiligung der verschiedenen Wohnungsmarktakeure muss ein Maßnahmenbündel verbindlich vereinbart und politisch beschlossen werden.

Für private Bauherren im Mietwohnungsbau gilt, ihnen die neuen verbesserten öffentlichen Förderungen zu erschließen, um sie mit in die Verantwortung für sozialen Wohnungsbau einzubeziehen. Für die bestehende kommunale Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft, an der die Stadt mit etwa einem Drittel beteiligt ist, gilt, ihren Wohnungsbestand deutlich zu erhöhen und bedarfsgerechte Wohnungsgrößen und -ausstattungen anzubieten.

Die Stadt ist aufgefordert, dafür zu sorgen, dass ausreichend Bauland zu moderaten Preisen für den sozialen Wohnungsbau ausgewiesen und entwickelt wird. Weiterhin kann auch der Auftrag des städtischen Stadtentwicklungsbetriebes AÖR um die Akquise und Vermarktung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau erweitert werden. Ergänzend kann die Stadt prüfen, ob sie mit Gründung einer eigenen Wohnungsbau-Gesellschaft der Knappheit von bezahlbaren Wohnungen gegensteuern kann. Manch privater Grundbesitzer und potentieller Bauherr sieht in der Erleichterung von Baugenehmigungen für den Außenbereich einen Beitrag zur Entspannung des Marktes. Dies ist plan- und baurechtlich schwierig, auch die Stadt unterliegt Bestimmungen des Landes und des Bundes. Aus sozialpolitischer Sicht ist der Außenbereich in der Regel kein geeigneter Wohnplatz für einkommensschwache Menschen und für Menschen mit Handicaps. Diese Menschen gehören nicht an den Rand, sondern in die Zentren – mit guter Nahversorgung und einer angemessenen Infrastruktur.

### Wie sieht es mit seniorengerechten Wohnungen aus?

Fast ein Viertel aller Bewohner unserer Stadt ist über 65 Jahre. Auch die Zahl der Hochbetagten steigt stetig. Damit ältere Menschen



Dr. Johannes Bernhauser

Sozialexperte der

CDU-Stadtratsfraktion

möglichst lange selbständig agieren und auch am Leben der Gesellschaft teilhaben können, brauchen sie seniorengerechte, barrierefreie Wohnungen mit einer guten An- und Einbindung in ihr Wohnumfeld.

Die Nahversorgung muss gewährleistet, Mobilität möglich und Hilfe erreichbar sein. Seniorenbegegnungsstätten sollten sich zu Beratungs- und Hilfezentren für Senioren ihres jeweiligen Stadtteils weiterentwickeln; auch Seniorenheime können ihre Türen für selbständig lebende Senioren öffnen und sich als Treffpunkt und Kompetenzzentrum anbieten.

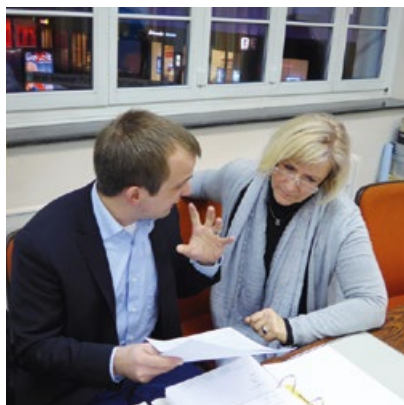
### Hohe Wohnqualität – gerade im zwischenmenschlichen Miteinander – bieten in der Regel Mehrgenerationenhäuser. Wie sieht es denn mit dieser Wohnform in Bergisch Gladbach aus?

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Generationen kann alle Beteiligten bereichern und den Zusammenhalt von Jung und Alt fördern. In Bergisch Gladbach hat sich ein Verein „mitten-anders“ gegründet, der über neue integrative Wohnformen berät, Vorhaben entwickelt und aktiv unterstützt.

Aktuell soll ein Wohnprojekt in der Mitte von Refrath entstehen; für ein weiteres in der Stadtmitte an der Buchmühle gibt es ein Konzept. Die Stadt sollte diese Projekt unterstützen und weitere Initiativen des Mehrgenerationenwohnens anregen. Auch das gehört zu einer aktiven und sozialen Wohnungspolitik.

Martin Lucke ist Nachfolger von Karl Maas in der CDU-Stadtratsfraktion

## Ausgewogene Feuerwehrpolitik und die Entwicklung von Bensberg im Blick



Martin Lucke, rechts im Gespräch mit Fraktions-Kollegin Petra Holtzmann.

Ein Neuer im Kreis der Bergisch Gladbacher CDU-Fraktion ist Martin Lucke nicht. Mit seiner Vereidigung bei der ersten Ratsitzung im Januar 2016 durch Bürgermeister Lutz Urbach nahm der studierte Jurist zwar ganz offiziell seine Arbeit im Stadtrat auf, doch schon vorher hatte sich Martin Lucke bei den Fraktionssitzungen konstruktiv an den Diskussionen beteiligt.

### Aktive Rolle

Als „Huckepackler“ von Karl Maas, der zum 31. Dezember 2015 sein Stadtrats-Mandat auf eigenen Wunsch niederlegte, bringt der junge Politiker, seit vielen Jahren Unterbrandmeister bei der Freiwilligen Feuerwehr im „Löschzug Bensberg“, gute Erfahrungen mit, um in der CDU-Fraktion eine aktive Rolle einzunehmen. Gefragt, welche fachpolitischen Schwerpunkte er setzen möchte, antwortet der 1988 in

Bensberg geborene und inzwischen als Rechtsreferendar im Landgerichtsbezirk Köln tätige Christdemokrat so: „Ich werde mich insbesondere dem Thema ‚Feuerwehrpolitik‘ widmen. Wir sollten in unserer Stadt weiterhin eine effektive und zukunftsfähige Feuerwehr behalten. Dafür ist es wichtig, dass sich die Feuerwehr in einem ständigen Entwicklungsprozess befindet und sich neuen Gegebenheiten anpasst – stets unter Beachtung des finanziell Möglichen. Vor allem werde ich mich für die Belange der ehrenamtlichen Kräfte einsetzen; denn ohne sie ist ein bezahlbarer Brandschutz in unserer Stadt undenkbar.“

Martin Lucke, der Mitglied im Verein Deutscher Sprache ist, möchte zudem kulturpolitische Entwicklungen begleiten. Konkret geht es ihm um den Erhalt des Bergischen Museums am Burgraben.

Als aktiver Sportler (er nimmt an Volksläufen teil und ist begeisterter Skifahrer) bringt Martin Lucke eine gute Portion Stehvermögen mit, um auch in seinem Wahlkreis Bensberg Süd/Bockenberg und Umgebung Akzente zu setzen. Seine To-do-Liste nennt unter anderem folgende Ziele: Die Eigentümergemeinschaft des Wohnparks Bockenberg wolle er an einen Tisch bringen, „um die Fassaden der Häuser zu renovieren, damit das Wohnareal wieder ansehnlicher wird“. Zudem müsse der Wohnpark für Fußgänger, Radfahrer und Busnutzer „besser an das Bensberger Zentrum angebunden werden“.

### Barrierefreier Zugang

Die Verschönerung der Schlossstraße ist ihm ebenso ein Anliegen wie der Erhalt von Grünflächen, als da sind Deutscher Platz, Hindenburgplatz und Stadtgarten. Sodann möchte er sich für „die Optimierung des barrierefreien Zugangs“ vom Bensberger Markt über die Schlossstraße bis zur Steinstraße einsetzen. Auch an die zu oft mit Autos verstopfte Innenstadt denkt der engagierte Kommunalpolitiker: „Um die Parksituation im Zentrum zu verbessern, bin ich für den Bau eines Parkhauses an der Steinstraße mit Zugang zur Schlossstraße.“ Aus seinen bisherigen Erfahrungen ist dem Newcomer natürlich bewusst, dass sich der Bergisch Gladbacher Haushalt in einer angespannten Lage befindet. Es gibt kaum Spielräume. Doch Martin Lucke setzt auf Beharrlichkeit und betont: „Wer keine Ziele hat, hat schon verloren.“

## Vorstand der CDU-Fraktion erweitert

**Christian Buchen**, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie Sprecher im Jugendhilfeausschuss, ist als dritter stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand der CDU-Stadtratsfraktion gewählt worden. Auf Beschluss der Fraktion gehören auch die beiden finanzpolitischen Sprecher **Hans-Josef Haasbach** und **Harald**

**Henkel** dem Vorstand an. Zu den Sitzungen der Fraktionsspitze werden zudem bedarfsweise die jeweiligen Vorsitzenden bzw. Stellvertreter oder Sprecher der Ausschüsse eingeladen. Diese Neuausrichtung der Vorstandsarbeit sei wegen zunehmender Arbeitsfülle notwendig geworden, so der Vorsitzende der Bergisch Gladbacher CDU-Fraktion, **Peter Mömkes**.



**Christian Buchen**  
stellv. Fraktionsvorsitzender

## Containerdorf für 200 Asylbewerber

# Verein „Willkommen in Paffrath“ setzt von Beginn an auf Integration

Mehr als 300 Paffrather Bürgerinnen und Bürger haben ihn genutzt – den „Tag der Offenen Türe“ am 13. Februar, um die Container-Anlage für rund 200 Menschen auf der Flucht auf dem Areal hinter der Integrierten Gesamtschule (IGP) in Augenschein zu nehmen. Im zweistöckigen Haus 1 des Dorfes konnten sich die Besucher umsehen und Fragen stellen.

### Rund 140 Ehrenamtliche

Bernd Martmann, Co-Dezernent und Fachbereichsleiter Hochbau, Beate Schlich, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales, weitere Mitarbeiterinnen der Verwaltung, ein Team des Deutschen Roten Kreuzes um Reinhold Feistl vom DRK-Kreisverband, der Erste Stellvertretende Bürgermeister Josef Willnecker und

Karlheinz Kockmann, Sachkundiger Bürger in der CDU-Stadtratsfraktion, informierten anhand von Schautafeln sowohl über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach als auch über die Integrationsvorhaben in der Container-Anlage. In Gesprächen mit den Bürgern betonte Karlheinz Kockmann, der Vorsitzende des eigens gegründeten Vereins „Willkommen in Paffrath“ ist, dass dem örtlichen Unterstützerkreis inzwischen immerhin 140 ehrenamtliche Kräfte angehören. Es werde angestrebt, „dass hier in Paffrath vor allem Flüchtlinge mit Bleibeperspektive untergebracht werden“.

Der Verein ist in acht Arbeitsgruppen untergliedert und wird von einem Leitungs- und Kernteam koordiniert. Die ehrenamtlichen



Karlheinz Kockmann, Vorsitzender von „Willkommen in Paffrath“, erläutert das Betreuungskonzept.

Helferinnen und Helfer kümmern sich unter anderem um „Patenschaften für Familien und Einzelpersonen“, um „Dolmetscherdienste“, um „Deutschkurse für Erwachsene“, um „Nachbarschaftskontakte“, um „Begleitdienste für Arztbesuche und Behördengänge“, um „schulische Hilfen“, um „Sport- und Freizeitaktivitäten“.

### Harmonisches Zusammenwirken

Die Häuser 2, 3 und 4 wurden nach dem „Tag der Offenen Türe“ errichtet. Ein weiteres Haus 5 soll später gebaut werden. „Wir sind hier gut aufgestellt“, betont Josef Willnecker. Insgesamt hoffen die Mitglieder des Vereins auf ein harmonisches Zusammenwirken mit der Leitung der Einrichtung, die in den Händen des Roten Kreuzes liegt.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach  
Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Bergisch Gladbach  
T: 02202 14-2218 · F: 02202 14-2201 · fraktion@cdu.gl

### REDAKTION:

Lennart Höring, Petra Holtzmann,  
Peter Mömkes, Josef Schlösser (Leitung)

V.i.S.D.P.: Lennart Höring (Fraktionsgeschäftsführer)

SATZ / LAYOUT: element 79, Bergisch Gladbach

DRUCK / VERSAND: ICS Druck, Bergisch Gladbach

FOTOS: Anke Klasen (5), Josef Schlösser (8)

AUFLAGE: 2.000 Stück

AKTUELLE INFORMATIONEN: [www.cdu.gl/fraktion](http://www.cdu.gl/fraktion)

FOLGEN SIE UNS: [www.twitter.com/cdugl](https://www.twitter.com/cdugl)

DISKUTIEREN SIE MIT UNS: [www.facebook.de/cdugl](https://www.facebook.de/cdugl)

## Mein schönes Bergisch Gladbach



Die „Rosenhecke“ in Bensberg steht für eine bis heute intakte Wohnsiedlung, die den Betrachter in den architektonischen Charme der 1950-iger Jahre und Zeiten davor zurückführt. Die kostengünstigen Mietwohnungen für Familien waren ehemals vom Allgemeinen Wohnungsbauverein Bensberg erbaut worden. Diese traditionsreiche Genossenschaft sorgte bereits in den Jahren zwischen den Weltkriegen hier für die Schaffung kostengünstiger Mietwohnungen. Die überaus gepflegt wirkenden Ein- und Mehrfamilienhäuser an der „Rosenhecke“ wie an den naheliegenden Straßen Schlossfeldweg, Eintrachtstraße, Lubahnstraße oder Kaule sieht sich Lennart Höring, Geschäftsführer der Bergisch Gladbacher CDU-Stadtratsfraktion und direkt gewähltes Ratsmitglied für Bensberg Süd/Kaule, „immer wieder gerne an“. Wer es wissenschaftlich mag, den führt eine Quelle in die ferne Vergangenheit: Aus der 1622 neu gefassten Bensberger „Nachbarrolle“ geht hervor, dass das Gewann „In der Rosenhecke“ zum herzoglichen Besitztum gehörte; zu den Pflichten der Einwohner der Freiheit Bensberg zählte, die Rosenhecken-Abgrenzungen in Ordnung zu halten. Eine aus Rosensträuchern angelegte Hecke diente der Einzäunung von Feldern – von daher wohl der Straßename „Rosenhecke“.

